

CARTE BLANCHE

Mein Zorn steht mir im Weg

Nazmi, 16, Roma aus Kosovo.

Ich bin 2004 in die Schweiz gekommen, als ich elf Jahre alt war. Und es gefällt mir eigentlich gut hier. Ich habe viele Schlägerereien gehabt, aber daraus sind auch Freundschaften entstanden. Im Kosovo konnte ich nicht in die Schule gehen, denn ich hatte Angst, das Haus zu verlassen und getötet zu werden.

Einmal sind sie bei uns eingebrochen, als meine Eltern nicht zu Hause waren, und haben mit dem Messer in meinen Arm gestochen, da war ich sechs Jahre alt. Später sind wir nach Montenegro geflohen, dort lebten wir in einem Holzhaus, das angezündet wurde, ich weiss nicht von wem. Ich erinnere mich, dass wir in der Stadt waren und nach Hause kamen, um schlafen zu gehen. Meine Mutter hatte für meinen Vater gekocht, und als sie weggegangen ist, um ihn zu holen, haben ein paar Kerle unser Haus angezündet.

Ich bin rausgerannt und habe gemerkt, dass meine kleine Schwester fehlte. Ich bin wieder in das brennende Haus hinein, um sie zu holen. Als ich sie auf den Arm nehmen wollte, fiel plötzlich das Dach runter und mir auf den Kopf. Meine Schwester ist verbrannt. Sie war ein Jahr alt und der wichtigste Mensch in meinem Leben.

Und die schlimmen Erlebnisse haben mich so gemacht, dass ich nichts spüre, wenn ich mich prügeln. Ich spüre keinen Schmerz. Ich habe keine Angst mehr vor dem Tod. Ich würde aber alles dafür tun, dass meiner Familie nichts passiert. Und für meine richtigen Freunde würde ich auch alles tun. Im Grunde bin ich ein netter Typ. Ich hab auch Mitgefühl. Aber wenn man mir etwas tut, dann raste ich aus.

Wenn ich hier aufgewachsen wäre, wäre ich vielleicht so wie die anderen Jugendlichen geworden. Mein Zorn steht mir im Weg. Das wird mir in Zukunft Probleme bereiten, wenn ich das nicht ändern kann. Mit Kollegen kann ich nicht über das reden, was ich erlebt habe. Wenn die meine Narben sehen, sagen sie nur, cool, dass du das überlebt hast. Jugendliche reden nicht gern über ihre Gefühle. Oder sie interessieren sich nicht für Krieg und was wir erlebt haben.

Eigentlich finde ich die Schweiz schön, ich bin gern hier, es ist ein nettes Land.

Auszug aus dem neuen Buch von Eva Burkard: *Balkan – Kids*, Januar 2010, Huber Verlag. Die Roma in Kosovo leben



Solidarité sans frontières

BULLETIN
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

NR. 4, DEZEMBER 2009

WWW.SOSF.CH



Wie die Abstimmung über die Minarett-Verbotsinitiative ausgehen würde, war bei Drucklegung dieses Bulletins noch nicht absehbar. Sicher aber ist, dass sie nicht der letzte Versuch gewesen sein dürfte, auf Kosten der Musliminnen und Muslime fremdenfeindliche Stimmung zu machen. Die Fotos dieser Ausgabe stammen von Jörg Möller. Sie zeigen Moscheen in Berlin.

unter extrem unsicheren und menschenunwürdigen Bedingungen. Relative Sicherheit haben sie nur, solange sie in speziell eingerichteten Lagern und Enklaven bleiben. Diese gesellschaftliche Isolierung erschwert aber den Zugang zu sozialen Institutionen, Schulen und medizinischer Versorgung. So bleiben ihre Lebensbedingungen prekär, und ihre Zukunft ist mehr als düster. ❁

Schengen

Kampagne

«Reclaim your data»

Seiten 2 – 3

Helfen Sie

Zu Weihnachten

Solidarität schenken

Seite 4

Dossier

Einladung zur

3. Landsgemeinde
der MigrantInnen

Seiten 5 – 8

EUROPA VON LINKS UNTEN (15)

«Reclaim your data»

Solidarität sans frontières unterstützen zusammen mit grundrechte.ch die europaweite Kampagne gegen den polizeilichen Datenhunger

Am 1. Oktober 2009 startete die Kampagne «Nimm dir dein Recht im Europa der Polizeien, hol dir deine Daten zurück!». Mehr als 40 Gruppen aus 11 europäischen Ländern rufen dazu auf, das Recht auf Auskunft wahrzunehmen und bei den Polizeibehörden anzufragen, welche Daten zur eigenen Person gespeichert sind. Hintergrund des Aufrufs ist das so genannte Stockholmer Programm, der neue Fünf-Jahresplan für die Innen- und Rechtspolitik der EU. Er soll beim EU-Gipfeltreffen am 11. und 12. Dezember förmlich verabschiedet werden.

Bereits heute sind Millionen von Menschen in zentralen Datenbanken der EU gespeichert. Allein das Schengener Informationssystem (SIS) enthält rund eine Million Personendatensätze, von denen rund 90 Prozent Nicht-EU-Staatsangehörige betreffen, die an der Einreise in den europäischen Wohlstandsraum gehindert oder daraus abgeschoben werden sollen. Wie die Fussballeuropameisterschaft 2008 oder der Nato-Gipfel in Strassburg im April 2009 bewiesen, betrifft der grenzüberschreitende Datenaustausch aber auch BürgerInnen der EU- und der assoziierten Schengen-Staaten. Ein- oder Ausreiseperrren und andere polizeiliche Zwangsmaßnahmen zeigen, dass die gesammelten Informationen nicht ohne Konsequenzen sind. Die Standards des Datenschutzes bewegen sich dagegen schon heute auf minimalem Niveau. Das Stockholmer Programm sieht nun einen weiteren Ausbau dieses «freien Binnenmarktes für Polizeidaten» vor.

Mit der Kampagne wollen die beteiligten Gruppen zum einen kritische Öffentlichkeitsarbeit leisten. Zum anderen sollen Einsichten in die Praktiken des grenzüberschreitenden Informationsaustausches gewonnen werden. Nicht zuletzt gilt es, Betroffene bei der Wahrnehmung ihrer Rechte auf Berichtigung oder Löschung unzulässig gespeicherter Daten zu unterstützen und Rechtsbeistand zu vermitteln. Zentrales Instrument der Kampagne ist ein «Auskunftsersuchengenerator», der nach Online-Eingabe der benötigten Angaben, automatisch ein versandfertiges Einsichtsgesuch generiert, das nur noch per Post an die jeweils verantwortlichen Polizeibehörde geschickt werden muss. Für die Schweiz existiert diese automatisierte Variante allerdings vorerst nur in Bezug auf das SIS. Der Aufruf sowie ein Link zum Auskunftsgenerator finden sich auch auf der Sosf-Homepage.

Heiner Busch

<http://euro-data.noblogs.org/>

MIGRANTINNEN IM SCHENGENER
INFORMATIONSSYSTEM

Rechtsschutz internationalisieren!

Angela Furmaniak ist eine der InitiantInnen der Kampagne «Reclaim your data». Die Rechtsanwältin aus dem deutschen Lörrach ist im Ausländer- und Asylrecht tätig. Wir fragten nach ihren Erfahrungen mit dem Schengener Informationssystem (SIS).

Fast neunzig Prozent aller im SIS gespeicherten Personen sind MigrantInnen aus Nicht-EU/EFTA-Staaten. Wie kommen die dort hinein und was bedeutet eine solche Ausschreibung praktisch?

Diese Speicherungen zur Einreiseverweigerung beruhen auf Art. 96 Abs. 3 des Schengener Abkommens. Sie erfolgen meist nach einer Wegweisung oder Ausschaffung. Eine solche Ausschreibung im SIS hat für die betroffene Person nun zur Folge, dass das Einreiseverbot nicht nur für den Staat gilt, der sie ausgeschafft oder weggewiesen hat, sondern für das gesamte Schengen-Gebiet von Portugal bis Polen. Konkret darf kein anderer Schengen-Staat ihr ein Visum erteilen, selbst wenn sie dort familiäre Beziehungen hat und deshalb eigentlich die Voraussetzungen für eine Aufenthaltbewilligung gegeben wären.

Schlimm genug, dass solch gravierende Eingriffe in die Freiheit rechtlich zulässig sind. In erschreckend vielen Fällen begehen die zuständigen nationalen Behörden darüber hinaus Rechtsverstöße. Sie schreiben Personen aus, bei denen dies überhaupt nicht zulässig ist, etwa weil sie lediglich untergetaucht sind. Oder es werden Fristen für die Speicherung viel zu lange bemessen.

Das Schengener Abkommen enthält aber auch Daten- und Rechtsschutzbestimmungen, die eine Löschung oder Berichtigung solcher Daten ermöglichen. Wie funktionieren diese?

Das Abkommen sieht zwar Rechtsschutzmöglichkeiten vor. Sie durchzusetzen ist aber schwierig. Ich arbeite gerade für einen Algerier, der vor vier Jahren aus Deutschland nach Algerien abgeschoben wurde. Deutschland hat ihn deshalb im SIS zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben. Zwischenzeitlich hat mein Mandant eine Schweizerin geheiratet und möchte zu ihr in die Schweiz ziehen. Der Familiennachzug wird ihm jedoch wegen der SIS-Ausschreibung bislang verweigert.

Nun könnte die Schweiz von sich aus ein so genanntes Konsultationsverfahren nach Art. 25 Abs. 1 des Schengener Abkommens einleiten. Das heisst, sie könnte die deutsche Ausländerbehörde informieren, dass sie meinem Mandanten ein Visum erteilen möchte und anregen, dass Deutschland die SIS-Ausschreibung zurück zieht. Leider habe ich den Eindruck, dass die zuständige Fremdenpolizei das Konsultationsverfahren gar nicht kennt oder jedenfalls äusserst unwillig ist, es einzuleiten. Wir haben daher direkt bei der deutschen Ausländerbehörde einen



Gegen den Bau der Chadidscha-Moschee in Pankow-Heinersdorf mobilisierte eine rechtsgerichtete «Bürgerinitiative», deren Anhänger auch vor Gewalt nicht zurückschreckten.

Antrag auf Löschung der Ausschreibung gestellt. Auch hier stoßen wir auf Schwierigkeiten, da die deutsche Behörde meint, solange eine nationale Einreisesperre gilt – und das kann sehr lange dauern –, müsse diese auch für den Rest des Schengen-Gebiets gelten. Diese Haltung ist definitiv rechtswidrig. Wir werden deshalb gerichtlich eine Löschung der SIS-Ausschreibung einklagen müssen. Dies wird aber geraume Zeit dauern.

Für Personen, die keine Beziehungen in einem Schengen-Staat haben, ist es zudem aus sprachlichen und finanziellen Gründen fast unmöglich, Rechtsschutz gegen eine SIS-Speicherung zu erlangen.

Das Verfahren weist also immer Bezüge zu mindestens zwei Ländern auf ?

Leider sind die Datenflüsse schon lange internationalisiert, der Daten- und Rechtsschutz hinkt dieser Entwicklung jedoch hinterher. Es fehlt an einer schlagkräftigen europäischen Vernetzung von BürgerrechtlerInnen und RechtsanwältInnen. Hier müssen wir dringend aktiv werden. Die Schweiz mischt erst seit einem Jahr bei Schengen mit. Gerade für die engagierten RechtsanwältInnen aus der Schweiz ist es deshalb wichtig, den Schulterschluss mit KollegInnen aus anderen europäischen Ländern zu suchen. Ich appelliere deshalb an die einschlägigen Organi-

sationen, sich auszutauschen, Netzwerke aufzubauen und gemeinsame Aktionen zu starten.

Die Kampagne «Reclaim your data» – was kann sie bringen?

Die Kampagne soll zunächst den europäischen Polizeibehörden zeigen, dass ihre Arbeit beobachtet wird. In Einzelfällen können wir sicher auch Betroffenen zu effektivem Rechtsschutz gegen eine SIS-Ausschreibung verhelfen. Darüber hinaus geht es uns aber auch um eine grundsätzliche Kritik dieser europäischen Sicherheitspolitik. Es kann und darf im juristischen und politischen Diskurs nicht nur darum gehen, systemimmanent Exzesse staatlichen Handelns einzudämmen. Vielmehr müssen wir eigene emanzipatorische Handlungsalternativen entwickeln. ❁

Interview Heiner Busch

Solidarität mit den Schwachen schenken

Die Finanz- und Wirtschaftskrise trifft die Schwachen zuerst. Das haben wir im Dossier des letzten Bulletins ausgeführt. Unterdessen spürt aber auch Solidarité sans frontières die Krise. Statt einen Spendenaufruf zu machen, bitten wir Sie darum, unsere Stimme für eine solidarische Schweiz bekannter zu machen und so gleichzeitig uns und unsere Anliegen zu unterstützen – mit Ihrem Weihnachtsgeschenk.



Ein wenig Würde schenken

Seit mehr als einem Jahr tauschen Freiwillige im Zürcher Flüchtlingscafé «Refugees Welcome» Migros Gutscheine in Geld um. Im Kanton Zürich erhalten abgewiesene Asylsuchende in den Nothilfezentren kein Geld, sondern bloss Migros Gutscheine. 8.– pro Tag. Dies verunmöglicht ihnen, in günstigeren Läden einzukaufen oder gemeinsam ein Essen mit Zutaten aus ihrem Herkunftsland zu kochen. Wenn sie die Gutscheine in Bargeld umtauschen können, gibt ihnen dies ein kleines bisschen von ihrer Freiheit und Würde zurück.

Schenken Sie Migros-Gutscheine – in jedem Migros einlösbar – und dazu ein Jahres-Abonnement unseres Bulletins. So erfahren die Beschenkten ein Jahr lang mehr über die Hinter- und Abgründe der Schweizer Asyl- und Migrationspolitik.

Wir verschicken eine Geschenkkurkunde mit den Gutscheinen entweder an Sie oder direkt an die beschenkte Person, falls die Bestellung bis am XX.12.2009 bei uns eintrifft.



Buch «Die Fremdmacher»

Anlässlich des zwanzigjährigen Jubiläums hat Solidarité sans frontières mit dem Buch «Die Fremdmacher» von Anni Lanz und dem leider unterdessen verstorbenen Manfred Züfle eine spannend zu lesende Geschichte des Widerstands gegen die schweizerische Asyl- und Migrationsgeschichte veröffentlicht. Manfred Züfle und Anni Lanz beschreiben aus der Sicht eines politisch denkenden Schriftstellers und einer Basisaktivistin wie Fremde und Fremdes in den letzten dreissig Jahren konstruiert und vom ebenso konstruierten Eigenen ab- und ausgegrenzt werden. Das Buch bleibt weiterhin sehr lesenswert und ein schönes Geschenk auch für jüngere Engagierte – oder solche, die es noch werden können.

Bei uns erhalten Sie das Buch für 15.– (statt 22.–) inklusive Porto, gerne schicken wir es Ihnen zusammen mit einem aktuellen Heft zu.

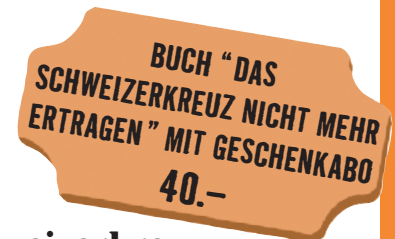


Geschenkmemberschaft

Solidarité sans frontières hat viele treue Mitglieder. Aber leider ist die Zahl der Neumitglieder klein. Und Geld für Werbung haben wir nicht. Darum freut es uns, wenn Sie als Mitglied oder AbonnentIn unsere Organisation mit einer Geschenkmemberschaft einem Menschen empfehlen, der uns noch nicht kennt. Ob das nun das Patenkind, die Vereinskollegin, der alte Freund oder die hilfsbereite Nachbarin ist.

Schenken Sie eine Geschenkmemberschaft für ein oder für zwei Jahre (mit Rabatt). Und sorgen Sie so dafür, dass immer mehr Menschen unser Engagement für Flüchtlinge, Sans-Papiers und MigrantInnen teilen können.

Wir senden Ihnen eine Geschenkkurkunde und das aktuelle Heft per Post zu.



Buch «Das Schweizerkreuz nicht mehr ertragen»

Am 2. Mai 1991 stürmte die Polizei eine Pressekonferenz in einem Haus der katholischen Kirche und nahm die anwesenden kurdischen Flüchtlinge fest. Die Solidaritätsgruppe Flüeli-Ranft hatte sie seit Februar versteckt. Brühlmann-Jecklin portraitierte Flüchtlinge und VersteckerInnen. Die Flüeli-Ranft-Ausschaffung wurde zu einem prägenden Ereignis der Asylbewegung. Erika Brühlmann-Jecklins 1994 erschienenes Buch neu oder wieder zu lesen, lohnt sich für die alten wie auch für junge AktivistInnen – den Bogen zur Gegenwart schlägt dann das dazugehörige Geschenkabo unseres Bulletins.

Das sonst fast nur antiquarisch erhältliche Buch kostet zusammen mit einem einjährigen Geschenkabo unseres Bulletins 40.–

Einfach bestellen!

Bestellen Sie am einfachsten per Mail an sekretariat@sosf.ch,
telefonisch über 031 311 07 70 oder online unter

www.sosf.ch/schenken. Bestellungen bitte bis am 15. Dezember
mitteilen. Wir verschicken alles per A-Post.

AM 13. DEZEMBER NACH BERN

Neue Aktionsformen gegen restriktive Migrationspolitik

*Nach den erfolgreichen Lands-
gemeinden in den Jahren 2005 und
2007 lädt Solidarité sans frontières
ein zur dritten Landsgemeinde
der MigrantInnen und Flüchtlinge.
Im Mittelpunkt soll dabei die
Suche nach neuen Aktionsformen
stehen. In den normalen politischen
Auseinandersetzung mussten wir
leider in den vergangenen Jahren
immer wieder Niederlagen einste-
cken. Deshalb wollen wir uns inspi-
rieren lassen von kreativen Formen
des Widerstands, mit Beispielen
aus der Schweiz, aber auch aus
anderen Ländern. Unser Ziel ist
es, neue Formen des Protests zu
finden, damit wir auch Leute mit
Vorurteilen zum Nach- und vielleicht
sogar zum Umdenken anregen
können.*

Ein Blick auf die Geschichte der Wider-
standsbewegungen im Asyl- und Migra-
tionsbereich in der Schweiz zeigt, dass es
unterschiedliche Aktionsformen gab. Ei-
nige haben sich als effektiv erwiesen: Un-
abhängige Kämpfe, im richtigen Moment
und während einer beschränkten Zeit-
dauer. Andere Formen, so zum Beispiel
Abstimmungskampagnen, erwiesen sich
als weniger effektiv.

In der dritten Landsgemeinde stellen
wir die Frage, welche Aktionsformen wir
wählen müssen, um uns Gehör zu ver-
schaffen. Mit neuen Aktionsformen wol-
len wir einen Freiraum des Widerstands
schaffen und wirksam werden.

Jetzt ein Zeichen! Aktionen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung

Es ist dringend nötig, dass wir darüber
nachdenken, welche neuen und anderen
Möglichkeiten wir haben, um gemeinsam
zu einer wirklichen Kraft des Widerstands
zu werden. Wir wollen in der politischen
Arbeit Kreativität entwickeln und aktiv
werden und nicht nur reagieren mit Op-
position auf die Verschärfungspolitik der
aktuellen politischen Mehrheiten.

Darum möchten wir in der Landge-
meinde bereits durchgeführte Aktionen
und die damit verbundenen Erfahrungen
zeigen und gemeinsam Aktionsformen in
Workshops erarbeiten. In einer Wander-



**Solidarité
sans
frontières**

**DOSSIER 4 – 2009
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

DEZEMBER 2009

3. LANDSGEMEINDE DER MIGRANTINNEN



**Zwischen 1923 und 1925 wurde die
Ahmadiyya-Moschee im Stadtteil
Berlin-Wilmersdorf mit ihren 32 Meter
hohen Minaretten erbaut. Es ist die
älteste Moschee Deutschlands.**

ausstellung, dem Infomarkt, beschreiben
die verschiedenen anwesenden Organisa-
tionen zudem je ihre eigenen Tätigkeits-
bereiche und Aktionsformen.

Mit der Ausschreibung Jetzt ein Zei-
chen! suchen wir bereits im Vorfeld nach
kreativen Aktionsformen von Einzelper-
sonen und Gruppen. Ideen zu Aktionen
und Material von bereits durchgeführten
Aktionen können vorab an Solidarité sans
frontières geschickt werden. An der Lands-
gemeinde dürfen die Teilnehmenden ihre
Ideen dann als Rede, Film, Tonband etc.
präsentieren. ❁

Balthasar Glättli und
Jacqueline Kalbermatter

**Anmeldungen und weitere Informationen
zur Ausschreibung Jetzt ein Zeichen!
und zur dritten Landsgemeinde der
MigrantInnen und Flüchtlinge am Sonntag,
13. Dezember in Bern auf dem Talon
auf der Rückseite oder direkt online
www.ohneuns.ch.**

**Wir wollen
uns Gehör
verschaffen!**

**Dossier aus dem
Bulletin 4 – 2009**

**Solidarité sans frontières
Neuengasse 8
3011 Bern
www.sosf.ch**

**sekretariat@sosf.ch
Fon 031 311 07 70
Fax 031 311 07 75**

PC 30-13574-6

Was geschieht konkret an der Landsgemeinde?

Die Landsgemeinde ist ein Ort des Erfahrungs-Austauschs und eine Möglichkeit, Aktive aus der Bewegung zum Schutz der Rechte der MigrantInnen, Flüchtlinge und Sans-Papiers aus der ganzen Schweiz wieder zu treffen oder neu kennenzulernen.

Konkret steht der Austausch über kreative Aktionen der Vergangenheit und die Suche nach neuen, gemeinsamen Aktionsformen für die Zukunft im Zentrum der Landsgemeinde. Das Programm gliedert sich in vier Abschnitte.

1. Präsentation Aktionsformen

Am Morgen sollen verschiedene Aktionsformen vorgestellt werden. Hierbei möchten wir bereits durchgeführte Aktionen und die damit verbundenen Erfahrungen zeigen. Aber auch neue Aktionsformen sollen präsentiert werden: Mit der Ausschreibung Jetzt ein Zeichen! suchen wir nach kreativen Aktionsformen von Einzelpersonen und Gruppen. Details dazu unten an der Seite.

2. Infomarkt

Mit unserem bereits 2007 durchgeführten Infomarkt möchten wir Erfahrungen austauschen. Verschiedene Organisationen können sich, ihre Tätigkeitsbereiche und evtl. vergangene oder geplante Aktionen

an Stellwänden vorstellen. Die Teilnehmenden der Landsgemeinde haben den ganzen Tag die Möglichkeit die Plakate der verschiedenen Organisationen anzuschauen. Zusätzlich haben wir speziell für den Infomarkt eine Pause vor dem Mittagessen eingeplant.

3. Workshops: Möglichkeiten des Handelns

Neben den präsentierten Aktionsformen, möchten wir auch gemeinsam neue Ideen zu möglichen Aktionen entwickeln. In verschiedenen Workshops werden Aktionsformen zu bestimmten Themen und Situationen erarbeitet. Diese werden anschliessend kurz im Plenum präsentiert.

4. Resolution

Wir möchten die diskutierten Punkte und die entwickelten Ideen nicht verpuffen lassen, sondern festhalten in einer gemeinsamen Resolution. Mit dieser gemeinsamen Resolution werden wir die dritte Landsgemeinde 2009 schliessen. ❁



Muslima beim Friedensgebet.



Im Januar 2007 wurden BesucherInnen der Grundsteinlegung der Chadidsch-Moachee in Pankow-Heinersdorf bedrängt und geschlagen. Am Rande eines Aufmarschs gegen den Moscheebau im Juli desselben Jahres griffen 15 Neonazis zwei linke Gegendemonstranten an.

Jetzt ein Zeichen!

Präsentiere uns deine Idee an der 3. Landsgemeinde am 13. Dezember als Rede, Film, Tonband, spiel sie vor, zeichne sie... sei kreativ!

Hast du eine originelle Idee für eine Aktion gegen die restriktive Migrationspolitik der Schweiz?

DIE ERSTEN BEIDEN LANDSGEMEINDEN

Blick zurück

Bereits vor zwei und vor vier Jahren fand je eine Landsgemeinde der MigrantInnen und Flüchtlinge statt. Ein kleiner Rückblick.

Die erste Landsgemeinde wurde auf die Initiative der AktivistInnen im Kanton Waadt hin organisiert. Sie sollte – im Vorfeld des Doppelreferendums gegen das Asyl- und Ausländergesetz – den Kantönlicheist und die Sprachbarriere zwischen Deutsch- und Welschschweiz überwinden helfen. Es gelang, AktivistInnen aus den Themen-Bereichen Migration, Flüchtlinge und Sans-Papiers ein erstes Mal in einen gemeinsamen Austausch zu verwickeln. ReferentInnen aus dem Ausland zeigten uns zudem, dass unser Widerstand nicht alleine ist, sondern dass es in ganz Europa ähnliche Gruppierungen gibt, die gegen Ausgrenzung und Rassismus, gegen die Festung Europa und gegen die Ausbeutung von MigrantInnen kämpfen.

Die neuen Bekanntschaften dieser ersten Landsgemeinde halfen mit, dem Doppelreferendum zu einem fulminanten Sammelerfolg zu verhelfen. Leider aber verloren wir dann die Abstimmung im Herbst 2006 dennoch deutlich.

Woche der MigrantInnen

An der zweiten Landsgemeinde der MigrantInnen im Herbst 2007 wurde der Grundstein gelegt für unsere bunte Aktionswoche « Die Woche der MigrantInnen » vor einem Jahr. Nach einem Markt der Möglichkeiten, an dem die verschiedenen Gruppen ihre aktuellen Aktivitäten präsentieren konnten, wurde in Gruppen thematisch diskutiert. Die am Ende verabschiedete Schlussresolution kündigte dann die Woche der MigrantInnen an und hielt fest: « Migration ist eine Realität, ein Recht und eine Chance. »

Die Arbeitspapiere, die Listen der teilnehmenden Organisationen, Referate, Workshopbeschreibungen und Fotos der Landsgemeinden 2005 und 2007 finden sich im Bereich « 2003–2007 » der Homepage www.ohneuns.ch

Vielleicht finden sich dann auch Partner, die bei der Umsetzung deiner Idee mithelfen. Schick uns deinen Vorschlag möglichst bis am 08.12.09. Teilnehmen kannst du als Einzelperson oder auch als Gruppe. Beschreib uns deine Idee auf maximal einer A4 Seite. Falls du noch Material hast oder bereits eine Aktion durchgeführt hast, schick uns diese Informationen mit. Ein Mail an eg2009@sosf.ch oder ein Telefon (031 311 07 81) genügt.

Die Bedingungen

Die vorgeschlagenen neuen Aktionen sollten nach Möglichkeit den folgenden vier Bedingungen genügen:

- Die Aktion muss umsetzbar sein (also nicht: «Wir bauen 20 Ultraleichtflugzeuge, die während einer Woche jeden Tag am Mittag über allen grösseren Städten künstlichen Nebel « Blocher raus » an den Himmel malen.»)
- Die Aktion sollte finanzierbar sein, d.h. bei teuren Aktionen sollte skizziert werden, auf welchen Wegen allenfalls die nötigen Finanzen beschafft werden können.
- Betroffene sollten grundsätzlich an den Aktionen mitmachen können. Wenn infolge der Aktion Repressionen drohen, sollte eine Lösung aufgezeigt werden. Einzelne Aktionen sollten idealerweise auch als Element in einer längerfristigen Kampagne funktionieren können.
- Es sollte verhindert werden, dass trotz solidarischem Miteinander rechtliche und Alltagsprobleme von Betroffenen unsolidarisch « unter den Tisch gewischt werden ».

Natürlich freuen wir uns auch, wenn Du bereits in der Vergangenheit eine kreative Aktion durchgeführt hast und uns diese kurz präsentierst. Am tollsten wäre es, wenn davon ein kurzes Video vorhanden ist, das wir im ersten Teil der Landsgemeinde zeigen könnten. ❁

ANZEIGE

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

56

Krankheit / Gesundheit

Krise und Reform des Gesundheitssystems;
Invalidenversicherung, Kranksein in der Illegalität;
Zweiklassen-Medizin; Genetifizierung der Medizin;
Depression, Arbeitssuizid und Widerstand;
Care-Arbeit und Geschlechterregime;
Arbeitsmarktintegration; Leistung, Markt, Moral

C. Goll, P.-Y. Maillard, T. Gerlinger, A. Schwank,
D. Winizki, T. Lemke, A. Rau, K. Becker, T. Engel,
U. Brinkmann, S. Schilliger, K. Wyss, I. Sedlak,
H. Lindenmeyer, H. Schatz

Arbeitspolitik und Krise

M. Massarrot: Vollbeschäftigungskapitalismus
F. Segbers: Weniger Erwerbsarbeit ist mehr
K. Pickshaus / H.-J. Urban: Gute Arbeit
A. Rieger / H. Baumann: Gesamtarbeitsverträge
A. Frick: Sichert Kurzarbeit Arbeitsplätze?

240 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich
Tel./Fax 044 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Anmeldeformular

Anrede	<input type="checkbox"/> Herr <input type="checkbox"/> Frau		
Vorname			
Name			
Ev. Organisation			
Strasse Nr.			
PLZ, Ort			
	Teilnahme an der Landsgemeinde		
Anmeldung	<input type="checkbox"/> Ich melde mich an für die Teilnahme an der 3. Landsgemeinde der MigrantInnen in Bern am Sonntag, 13.12.2009		
	Ich zahle als Eintritt		
	<input type="checkbox"/> 25.- Nomalpreis	<input type="checkbox"/> 50.- Solipreis	<input type="checkbox"/> 10.- reduz. Preis
Übersetzung	<input type="checkbox"/> Ich benötige eine Simultanübersetzung (d/f und f/d) im Plenum (in den Workshops Flüsterübersetzung)		
	Ich melde mich an für ein Mittagessen		
Mittagessen	<input type="checkbox"/> Essen mit Fleisch	<input type="checkbox"/> Essen ohne Fleisch	
	Die Kosten für das Mittagessen sind 25.- (inkl. Mineral)		
	<input type="checkbox"/> Aus finanziellen Gründen bin ich auf ein Solimenu angewiesen		
	<input type="checkbox"/> Ich bezahle aus Solidarität ein zweites Menu à 25.-		
	Vorbereitung und Unterstützung		
Infomarkt	<input type="checkbox"/> Unsere Organisation möchte sich gerne am Infomarkt vorstellen. Ab 09.15h können die Stellwände installiert werden.		
Unterstützung	<input type="checkbox"/> Ich leite gerne einen Infotext an unsere Mitglieder weiter.		
	<input type="checkbox"/> Ich drucke gerne einen Infotext über die Landsgemeinde in unserem Bulletin ab.		
	<input type="checkbox"/> Unsere Organisation kann sich finanziell an der Unterstützung der Landsgemeinde beteiligen.		
	Newsletter		
	<input type="checkbox"/> Ich möchte den Newsletter abonnieren		

**Anmeldeformular online ausfüllen unter www.ohneuns.ch
oder dieses Formular einsenden bis am 8. Dezember 2009 an :**

Solidarité sans frontières
Neuengasse 8
3011 Bern

Tel 031 311 07 81 / Fax 75
eg2009@sosf.ch
www.ohneuns.ch

PC-30-13574-6

NEUER BFM-CHEF

Ein «Missbrauchs- bekämpfer»

Ende Oktober 2009, vier Monate nach der Entlassung von Eduard Gnesa, hat der Bundesrat Alard du Bois-Reymond zum neuen Direktor des Bundesamts für Migration bestellt. EJPD-Vorsteherin Eveline Widmer-Schlumpf lobte insbesondere die «Managerqualitäten» des 48-jährigen Ökonomen und meinte damit wohl seine politische Wandlungsfähigkeit: Sechs Jahre lang stand du Bois-Reymond an der Spitze von Pro Infirmis, einer Organisation, die sich für die Rechte von Behinderten einsetzt. 2005 wechselte er ins Bundesamt für Sozialversicherung, wo er als Vizedirektor für die Invalidenversicherung (IV) zuständig war. Aus dem Vertreter von Behinderteninteressen wurde flugs ein Kämpfer gegen «Scheininvaliden» und «IV-Missbrauch». Du Bois-Raymond ist mitverantwortlich für zahlreiche Verschärfungen im Bereich der IV wie beispielsweise für die IV-Checkliste mit Pauschalverdachtskriterien wie Migrationshintergrund, den Einsatz von Sozialdetektiven auch sie insbesondere gegen MigrantInnen. So betrachtet passt der neue Mann durchaus in das Bild eines Amtes, dessen politische Aufgabe in erster Linie die Abwehr von ImmigrantInnen und Flüchtlingen darstellt. Anlässlich seiner Vorstellung erklärte er den Medien, welche Rezepte er vom alten ins neue Amt mitbringen will: Man habe auch bei der IV zunächst dafür sorgen müssen, dass Entscheide deutlich schneller gefällt werden.

WAADTLÄNDER

BLEIBERECHTSKOLLEKTIV PROTESTIERT

Willkürliche Verhaftungen

An einer Pressekonferenz am 30. Oktober 2009 protestierte das Kollektiv gegen die jüngste Serie von Verhaftungen und Ausschaffungen abgewiesener Asylsuchender im Kanton Waadt. Bei den Betroffenen handelt es sich durchwegs um AfrikanerInnen, die zum Teil seit langen Jahren in der Schweiz leben und aufgrund der letzten Asylgesetzverschärfung aus ihren bisherigen Unterkünften und Arbeitsstellen herausgerissen wurden. Familiäre Beziehungen in der Schweiz würden nicht berücksichtigt, während andererseits das Fehlen jeglicher Beziehungsnetze in den Herkunftsstaaten ignoriert würde. Statt ihre vorläufige Aufnahme zu beantragen,

setze der Kanton auf Willkür und Gewalt. Die Betroffenen seien früh morgens ohne vorherige Mitteilung an ihre AnwältInnen festgenommen, in Handschellen gelegt und ins Ausschaffungsgefängnis Frambois gebracht worden.

www.droit-de-rester.blogspot.com

ITALIEN: CAP ANAMUR-PROZESS

Freispruch für Helfer

Vor dem Strafgericht in Agrigent/Sizilien endete am 7. Oktober 2009 nach zwei Jahren Voruntersuchung und drei Jahren Hauptverhandlung der Prozess gegen Elias Bierdel, Stefan Schmidt und Vladimir Daschkewitsch mit einem Freispruch. Der ehemalige Vorsitzende des Komitees Cap Anamur, der Kapitän des gleichnamigen Flüchtlingshilfsschiffs und der Erste Offizier waren wegen «bandenmässig begangener Beihilfe zur illegalen Einreise in einem besonders schweren Fall» angeklagt. Im Juni 2004 hatten sie 37 afrikanische Flüchtlinge vor Sizilien aus Seenot gerettet. Die Cap Anamur konnte nach wo-

chenlangem politischen Tauziehen in den Hafen von Porto Empedocle einlaufen. Das Schiff wurde beschlagnahmt. Die Flüchtlinge wurden nach kurzer Zeit ausgeschafft – illegal, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte später feststellte. Gegen die drei humanitären Helfer sollte dagegen ein Exempel statuiert werden. Der Freispruch ist nicht nur eine Ohrfeige für die italienischen Behörden, sondern auch für deutsche Politiker wie den damaligen Innenminister Otto Schily (SPD), der die Hilfsaktionen der Cap Anamur in den Medien verunglimpft hatte.

www.borderline-europe.de

BAYERISCHER FLÜCHTLINGSRAT
GEGEN DUBLIN-AUSSCHAFFUNGEN

Nicht nach Griechenland

Ende August gingen die «Voices of Pagni», Filmsequenzen, in denen Flüchtlinge mit einem eingeschmuggelten Aufnahmegerät ihre Situation in dem unmensch-



ANZEIGE

n|w

Fachhochschule Nordwestschweiz
Hochschule für Soziale Arbeit

CAS Migration und Marginalisierung

Qualifizieren Sie sich mit diesem Certificate of Advanced Studies CAS-Lehrgang in migrationssensiblen Handeln

In diesem Lehrgang erwerben Sie Kenntnisse und Fähigkeiten zur professionellen Unterstützung von Migrantinnen und Migranten, deren soziale Lage von Marginalisierung geprägt ist. Darüber hinaus erlangen Sie Kompetenzen in migrationssensiblen und lösungsorientiertem Handeln.

Beginn und Dauer

11. März 2010, 10 Monate

Information und Anmeldung

Fachhochschule Nordwestschweiz
Hochschule für Soziale Arbeit
Riggenbachstrasse 16, 4600 Olten
Christina Corso, Kurskoordination
+41 62 311 96 90, christina.corso@fhnw.ch

www.fhnw.ch/sozialarbeit/weiterbildung

KURZ UND KLEIN



lichen Internierungslager Pagani auf der griechischen Insel Lesbos dokumentieren, rund um die Welt. Kurze Zeit später stoppte das deutsche Bundesverfassungsgericht mehrere Ausschaffungen nach Griechenland und kündigte eine grundlegende Prüfung des zugrundeliegenden «Dublin II»-Systems an. Nach einem Brand in dem Lager kündigten die griechischen Behörden Ende Oktober die Freilassung der letzten 130 Internierten an. Trotz der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts hält die deutsche Regierung weiterhin an ihren Ausschaffungen nach Griechenland fest. Der Bayerische Flüchtlingsrat und andere Organisationen starteten im November eine Kampagne gegen das «Dublin-System», an dem seit Ende 2008 auch die Schweiz beteiligt ist.

Flüchtlingsrat: www.snurl.com/sosf090401

Voices of Pagani:

www.snurl.com/sosf090402

UNO-AUSSCHUSS KRITISIERT SCHWEIZ

Polizei besser kontrollieren

Polizeiübergriffe gegen Asylsuchende und MigrantInnen, die mangelnden Kompetenzen der Kommission gegen Rassismus und die Garantie eines freien Rechtsbestands für Asylsuchende – das sind die Themen, zu denen der Bundesrat innerhalb eines Jahres dem UN-Menschenrechtsausschuss einen Bericht vorlegen muss. In seinen Empfehlungen zum Ende seiner 97. Session fordert der Ausschuss unter anderem, in allen Kantonen unabhängige Stellen für die Untersuchung von polizeilichen Übergriffen einzurichten. Das Gremium untermauert damit Forderungen, die Bürger- und Menschenrechtsorganisationen seit langem vorbringen.

KEINE LÖSUNG FÜR KEIN PROBLEM

Burka-Verbot

Auf dem Rücken der MuslimInnen lässt sich derzeit billig politisieren. Das will offenbar auch Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, die Anfang November 2009 via Sonntagspresse eine Idee des französischen Staatspräsidenten aufgriff und eine Debatte über ein strafrechtliches Verbot des Ganzkörperschleiers lancierte. Ein solcher Auftrag an Polizei und Justiz, die unter dieses Kleidungsstück gezwungenen Frauen strafrechtlich zu verfolgen, dürfte kaum zu deren Emanzipation beitragen. Im Übrigen wird die Burka in der Schweiz nur von einigen wenigen saudischen Touristinnen getragen und ist somit ein Nicht-Problem. ❀

ANZEIGE

Oranis Offset
Hohenbühlweg 4
CH-7002 Chur
Fon 081 252 45 92
E-Mail: oranis@spin.ch

IMPRESSUM

Bulletin

Solidarité sans frontières
erscheint viermal jährlich

Auflage dieser Ausgabe:

3200 deutsch / 700 französisch

Beglaubigte Auflage WEMF:

3018 deutsch / 620 französisch

Gestaltung und Satz:

Simone Kaspar de Pont

Druck und Versand: Oranis Offset, Chur

Redaktion: Heiner Busch,

Balthasar Glättli

Übersetzungen: Olivier von Allmen,

Sylvie Colbois

Lektorat: Sösf

Fotos: Jörg Möller

Redaktionsschluss für die nächste

Ausgabe: 12. Januar 2010

Wir behalten uns vor,

LeserInnenbriefe zu kürzen

Mitgliederbeitrag 2009 inkl. Abo:

70.- Verdienende / Fr. 100.- Paare /

Fr. 30.- Nichtverdienende /

120.- Organisationen

Abo: Einzelpersonen 30.- /

Organisationen 50.-

Herausgeberin:

Solidarité sans frontières,

Neuengasse 8, 3011 Bern

(Zusammenschluss AKS/BODS)

Fon 031 311 07 70

Fax 031 311 07 75

sekretariat@sosf.ch

www.sosf.ch

PC-Konto 30-13574-6

MENSCHENRECHTSFREIE ZONEN

«Mörderische Grenzen»

Kontrollieren und blockieren, festhalten und einsperren, ausweisen und zurückschaffen, entmenschlichen und töten – das ist die Eskalation der Menschenrechtsverletzungen an Europas Grenzen, die «Migreurop», ein Netzwerk von migrations- und asylpolitischen Organisationen und engagierten WissenschaftlerInnen, anhand von vier Brennpunkten dokumentiert: der griechisch-türkischen Grenze, der Zone um Oujda im Nordosten von Marokko – an der Grenze zu Algerien und zur spanischen Enklave Melilla, der nordfranzösischen Region rund um Calais, die seit Jahren ein Warteraum für Flüchtlinge auf dem Weg nach Grossbritannien ist, und schliesslich der süditalienischen Insel Lampedusa. Der Bericht zeigt zugleich den Widerstand der MigrantInnen und die Solidarität von UnterstützerInnen.

Migreurop: Les frontières assassines de l'Europe, Rapport, Paris Oktober 2009, 55 Seiten

Online unter www.snurl.com/sosf090403
Migreurop, 21ter rue Voltaire, 75011 Paris, Tel : 0033-1-53 27 87 81, Fax : 0033-1- 43 67 16 42, contact@migreurop.org

SCHWEIZERISCHES UND EU-ASYLRECHT:

Juristische Irrgärten

Im Vorwort des neuen «Handbuchs zum Asyl- und Wegweisungsverfahren» erinnert Walter Kälin daran, dass vor der Verabschiedung des Asylgesetzes 1979 ein Artikel des damaligen Ausländerrechtes und ein paar Verordnungen gereicht haben, um Zehntausenden von Menschen Asyl zu geben. Seitdem folgte Revision um Revision und die nächste Verschärfung ist bereits in Sicht. Die Neuauflage des Handbuchs – besorgt durch Ruedi Illes, Nina Schrepfer und Jürg Schertenleib – ist ein lesbarer juristischer Wegweiser durch diesen Irrgarten von Regelungen, ein nützliches Instrument, auch wenn die immer wichtiger werdenden Zwangsmassnahmen und das Sozialhilferecht, wie die AutorInnen eingestehen, nur oberflächlich behandelt werden konnten.

Dass ein Handbuch keine politische Reflexion beinhaltet, ist nachvollziehbar. Bei der von SFH und UNHCR herausgegebenen Vergleichsstudie von schweizerischem und EU-Recht würde man hinge-

gen erwarten, dass die AutorInnen zwischenzeitlich auch die Flüchtlings-Realität hinter dem Recht zur Kenntnis nehmen.

Schweizerische Flüchtlingshilfe (Hg.): Handbuch zum Asyl- und Wegweisungsverfahren, Bern (Verlag Haupt) 2009, 330 Seiten, CHF 64.–
UNHCR/ SFH (Hg.): Schweizer Asylrecht, EU-Standards und internationales Flüchtlingsrecht. Eine Vergleichsstudie, Bern (Stämpfli-Verlag) 2009, 561 Seiten CHF 88.–

NICHT GANZ SO NEU

Entwicklungspolitik

Die von der UNO verkündeten Millenniumsziele scheinen eine Wandlung der staatlichen Entwicklungspolitik anzukünden. Mit der weltweiten ökologischen Krise und den rund um den Globus transportierten Viren scheint auch den staatlichen Entwicklungspolitikern des Nordens klar zu werden, dass es trotz aller Grenzabschottung nur eine Erde gibt. Das Genfer CETIM knüpft sich in seiner neuen Publikation die schönen Versprechungen vor. Die vier Achsen der seiner Kritik sind der Handel, die Finanzmärkte, die Ökologie und Fragen der Gesundheitspolitik.

Centre Europe Tiers Monde (CETIM): Aide au développement – Efficace, neutre, désintéressée ?, Genf 2009, 184 Seiten, CHF 10.–
(erhältlich bei CETIM , 6 rue Amat, 1202 Genève, Tel. 022-731 59 63, cetim@bluewin.ch, www.cetim.ch)

STRAFRECHT GEGEN HAKENKREUZE?

Untaugliches Mittel

Das Strafrecht sei kein geeignetes Mittel im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, lautet die Antwort der Demokratischen JuristInnen Schweiz (DJS) auf eine Vorlage zur Verschärfung der Anti-Rassismus-Strafnorm, die der Bundesrat im Juni 2009 in Vernehmlassung geschickt hatte. Das Zeigen insbesondere nationalsozialistischer Symbole sollte unter Strafe gestellt werden. Die DJS lehnen die Vorlage komplett ab: Rassismus sei weit über die rechts-extreme Szene hinaus verbreitet. Die aktuelle Debatte um die Minarett-Verbots-Initiative zeige deutlich, dass es statt mehr Strafrecht vor allem zivilgesellschaftliche AkteurInnen und organisierte Aufklärungs- und Informationsstellen gegen Rassismus brauche.

Vernehmlassung der DJS:
www.snurl.com/sosf090404

Vorlage und Bericht: www.snurl.com/sosf090405

NICHT ERKLÄRTER KRIEG GEGEN FLÜCHTLINGE UND MIGRANTINNEN

Laboratorium Migration

Wie selbstverständlich nehmen wir die täglichen Nachrichten über das in Rechtsformen gegossene Unrecht hin, über das Elend und die Toten an den Grenzen, über Internierungslager für Flüchtlinge und MigrantInnen in und um Europa. In ihrem Beitrag an der «Université Ouverte sur les Migrations», die dieses Jahr in Rabat tagte, setzt Marie-Claire Caloz-Tschopp an dieser Banalisierung von Gewalt an, die nach dem Ende des Nationalsozialismus unvorstellbar schien. Das Vorgehen gegen die Migration zeige die Transformation von Herrschaft und Krieg, bei der Vernichtung zu einem bloss technischen und administrativen Akt werde. Caloz-Tschopp orientiert sich in dieser Arbeit insbesondere am Werk von Günther Anders («Die Antiquiertheit des Menschen»).

www.snurl.com/sosf090406

SANS-PAPIERS WERDEN AUSGEGRENZT

Medizin für alle!

Auch im neuen WIDERSPRUCH-Heft 56 zum Thema «Arbeit, Krankheit und Gesundheit» findet sich ein informativer Beitrag, auf den von unserer Seite ganz besonders hinzuweisen ist: «Heraus aus der Schattenmedizin! Skandalöse Gesundheitsversorgung von Sans Papiers in der Schweiz» vom Arzt David Winizki. Zu bestellen unter www.widerspruch.ch ❀

«Ich bin ein Handwerker»

Der Zürcher Rechtsanwalt Peter Frei ist seit April 2009 neuer Ko-Präsident von Solidarité sans frontières.



Jacqueline, Dein Praktikum bei uns ist bereits im letzten Drittel, parallel dazu hat wieder Dein Studium begonnen – was ist die grösste Differenz zwischen Studium und Deiner Arbeit hier?

Ich möchte lieber mit der Gemeinsamkeit anfangen. Für mich haben die wissenschaftliche Arbeit und das Engagement hier ein gemeinsames Ziel, dass sie etwas verändern wollen, indem sie Sachen aufdecken. Natürlich steht die Wissenschaft näher beim Aufdecken, im politischen Engagement geht es dann vorab darum, die Missstände direkt anzugehen.

Da hast Du aber ein heute etwas in den Hintergrund gedrängtes Bild einer engagierten Universität...

Tatsächlich zwingt das Bologna-System heute die Universität in ein enges strukturelles Korsett. Wer als WissenschaftlerIn den Anspruch hat, etwas zu verändern, hat es zunehmend schwerer. Ich verstehe bis heute nicht, wie die Universitäten sich dieses System überhaupt aufzwingen liessen. Heute muss man sich halt persönlich die Freiräume erkämpfen. So mache ich dieses Praktikum bei Solidarité sans frontières, obwohl dies im Gegensatz zu all den offiziellen Stimmen steht, welche die Studierenden dauernd zu einem möglichst raschen Studienabschluss ermahnen. Ich möchte dagegen am Schluss meines Studiums nicht völlig praxisfremd sein und ohne Erfahrung dastehen.

Immerhin hat man das Bologna System ja auch damit begründet, dass es die studentische Mobilität erleichtere, auch z.B. ein teilweises Studium im Ausland fördere... das würde doch auch eine Horizonsweiterung bringen?

In der jetzigen Umsetzung passiert allerdings das Gegenteil. Es findet wenig Austausch statt, es gibt eher mehr Zwänge statt universitärer Freiheit. Schon zwischen Bern und Fribourg ist die Koordination problematisch, das merke ich ganz persönlich, weil ich an beiden Unis Veranstaltungen belege.

Du hast anfangs eine Zusammenarbeit zwischen Universität und Engagierten postuliert und nun die verschulte Uni kritisiert – was müssten umgekehrt wir politisch Engagierten anders machen?

Es ist klar, dass einer besseren Zusammenarbeit auch Vorurteile von Seiten vieler Engagierter entgegenstehen, die denken, dass Wissenschaft nur ein Blabla sei, dass an der Uni nur geredet statt gehandelt würde. Aber das Wissen, die genaue Analyse, stellt uns auch wesentliche Ausgangspunkte für das Handeln zur Verfügung. Die Wissenschaft bestimmt auch sehr stark, was heute als «real» gilt – darum können Gegenstrukturen nicht einfach gegen das Gegebene geschaffen werden, man muss sich den Freiraum für ein anderes Denken innerhalb der gegebenen Strukturen erkämpfen.

Gewissermassen parasitär?

Genau, nur so kommt man zum Ziel. Dann kann es auch gelingen, Wissen und Handeln zu verschränken. Die beiden Ebenen gehören zusammen, sie dürfen nicht einfach nebeneinander her laufen.

Aber damit kritisierst Du auch ein simples Wissenschaftsverständnis, das der Wissenschaft zubilligt, fern von den politischen Interessen die Wahrheit erzählen zu können!

Selbstverständlich ist die Wissenschaft nie völlig objektiv – aber sie ist auch nicht einfach beliebig und subjektiv. Die Wissenschaft trägt auch eine Verantwortung, indem sie mit darüber entscheidet, welche Themen relevant sind, und in welcher Weise sie verstanden und aufgegriffen werden. Zudem können wissenschaftliche Arbeiten auch Missstände aufdecken.

Wissen nicht die direkt Betroffenen, also zum Beispiel Sans-Papiers, sehr viel besser, mit welchen Missständen sie umgehen müssen, als ein paar Studierende, die eine Studie machen?

Einerseits haben Betroffene eine direkte Erfahrung, das stimmt. Wenn wir aber auf

Einzelfälle reagieren, besteht die Gefahr, dass die Reaktion oberflächlich bleibt. Wir sollten aber auch hinter die Fassade schauen, Strukturen aufdecken, Zusammenhänge herstellen. Auch mit der Lösung vieler individueller Einzelprobleme sind die Strukturen noch nicht verändert. Ein Beispiel: Die Härtefallregelung kann im Einzelfall zwar durchaus sinnvoll sein, sie lenkt aber davon ab, dass die Schweizer Gesetze ständig neue Sans-Papiers schaffen. Wir brauchen die Analyse der Umstände, in denen wir leben. Marx sagt ja in einem schönen Zitat, dass der Mensch die Geschichte macht, aber «unter vorgegebenen Bedingungen».

Was wäre Dein Wunsch an Solidarité sans frontières?

Solidarité sans frontières sollte noch stärker MigrantInnen als Akteure ansehen, nicht nur als Opfer, ihre eigene Sichtweise noch stärker in die Arbeit einbeziehen, sie aktiv mitwirken lassen.

Zum Schluss bitten wir Dich noch um einen Ratschlag. Die Mitglieder von Sospf werden immer älter, wir haben sehr wenig junge Mitglieder. Was sollen wir tun?

Solidarité sans frontières muss abkommen von der Idee, dass wir alle nette Menschen sind, die einfach helfen wollen. Ihr müsst noch stärker klar machen, dass es um strukturelle Voraussetzungen geht, gegen die man kämpfen muss. Also ein politisches Engagement, nicht bloss Mitleid, als wesentlicher Teil einer ganzen Bewegung die sagt «eine andere Welt ist möglich». In gemeinsamen Aktionen und Gesprächen mit Betroffenen kann man gleichzeitig erleben, dass es nicht einfach um einen ideologischen Kampf geht sondern um ganz konkrete Probleme. Daraus entsteht dann eine Dringlichkeit, ein anderes Bewusstsein.

Aber hier liegt dann doch gleich wieder die Gefahr, in der Einzelfallarbeit zu «ertrinken», statt auch den politischen Kampf aufzunehmen?

Es gilt das Bewusstsein zu vermitteln der Zusammenhänge zwischen realen Problemen im Einzelfall und deren strukturellen Voraussetzungen!

Was hast Du gelernt bei uns?

Etwas ganz Einfaches: dass es noch extrem viel Arbeit zu leisten gibt. Mit anpacken müssen wir dabei auch das Nachdenken darüber, wie wir eine anständige Migrationspolitik ausgestalten wollen und erreichen können! ❁